



einblicke



MENSCH, STAAT

Wenn der Staat zum Gegenüber
wird – und wir Teil von ihm sind

Momentaufnahme



Es ging Schlag auf Schlag: Im Mai 1989 bekam der Eiserne Vorhang in Ungarn seine ersten Löcher, es folgten die Massenflucht von DDR-Bürger*innen über Botschaften in Prag, Warschau und Budapest und die Montagsdemonstrationen in Leipzig. In der Nacht vom 9. November 1989 fiel schließlich die Berliner Mauer. Ein Bauwerk, das wie kaum ein anderes für das Misstrauen eines Staatsapparats gegenüber seinem Volk stand. Was 28 Jahre lang ein Land in zwei Welten trennte, wurde bald zu einzelnen Erinnerungsstücken – aus zwei Staaten wurde einer. Und heute? Hat die Bundesrepublik Deutschland die großen Hoffnungen eingelöst, die Erwartungen erfüllt? Darauf gibt es keine eindeutige Antwort. Eines steht aber fest: Der Staat muss sich das Vertrauen der Menschen jeden Tag neu verdienen – im Großen wie im Kleinen.

04 **24/7 im Einsatz**

Was tut der Staat für uns?
Unerwartet viel.

06 **Es geht nur gemeinsam**

Staat und Bürger*innen: Wir
alle tragen Verantwortung für eine le-
benswerte Zukunft in unserem Land.

08 **Im Gespräch**

Interview mit Umweltminister
Carsten Schneider.

10 **Sie arbeiten dran**

Die Endlagersuche ist ein
staatlicher Auftrag. Wer sind die
Menschen hinter dieser Aufgabe?

15 **Zahlen und Fakten**

Beziehungsstatus
Bürger*innen und Staat: Es ist
kompliziert.

Wir über uns

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sucht den Standort für das Endlager für hochradioaktive Abfälle, der die bestmögliche **Sicherheit für eine Million Jahre** gewährleistet. Außerdem baut die BGE das Endlager **Konrad** und betreibt das Endlager **Morsleben** sowie die Schachanlage **Asse II** und das Bergwerk **Gorleben**. Weitere Informationen: www.bge.de

Auf der Homepage des Magazins bieten wir vertiefende Informationen und Berichte sowie barrierefreie PDFs. www.einblicke.de

Haben Sie Fragen? Dann schreiben Sie uns: dialog@einblicke.de

Editorial

Der Staat sind wir alle



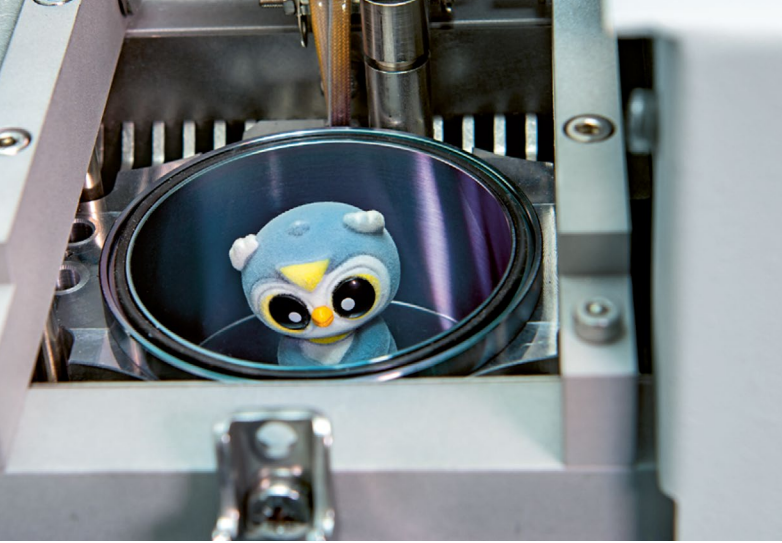
Liebe Leserinnen und Leser,

das Verhältnis zwischen uns und unserem Staat ist widersprüchlich – und ständig im Wandel. Wir erwarten viel von unserem Staat, und häufig ist er im Alltag völlig unsichtbar. Und dann gibt es gesellschaftliche Diskussionen und Konflikte, wo es spannend wird. Mal tritt „der Staat“ eher autoritär auf, mal eher kooperativ. Und wir, die Bürgerinnen und Bürger? Mal sind wir eher auf Dialog aus, mal eher auf klare Kante.

Besonders angespannt war das Verhältnis zwischen Bürger*innen und Staat im Streit um die zivile Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung der dabei anfallenden Abfälle. Aber inzwischen hat sich unser Land verändert. Heute sollen Bürger*innen informiert und beteiligt sein. Denn: Der Staat – sind wir alle. Wie er zum Staat und zur Rolle des Umweltschutzes steht, darüber spricht Umweltminister Carsten Schneider im Interview. Und er berichtet, wie es mit der dauerhaft sicheren Lagerung des Atommülls weitergeht.

Bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung arbeiten rund 170 Fachleute an der Suche des Standorts mit der bestmöglichen Sicherheit für das Endlager für hochradioaktive Abfälle. Wir sind stolz darauf, Ihnen hier vier von ihnen vorstellen zu können. Mit ihrem Wissen und ihrem Engagement tragen sie dazu bei, das Großprojekt Standortauswahl wissenschaftsbasiert und nachvollziehbar voranzubringen.

Dagmar Dehmer
Bereichsleiterin
Unternehmenskommunikation



Bin ich sicher?



Schläft Ophelia nur?



Gutes Wasser für alle!



Ein Sprung ins Glück



ÖPNV: mehr Fahrgäste als die Weltbevölkerung



Damit alles sauber bleibt



STAATSTRAGEND

Der Staat ist Teil unseres Alltags – oft ohne große Bühne. Und meist bemerken wir ihn erst, wenn etwas fehlt: Licht, Sicherheit, Bildung, Versorgung. Diese Bilder zeigen, wo der Staat überall wirkt – sichtbar und unsichtbar.

Wie sicher sind unsere Lebensmittel und Produkte? Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) bewertet die gesundheitlichen Risiken von Lebensmitteln und Produkten. Das Bild zeigt eine Spielzeugeule, die in einer Mikro-Emissionsprükammer auf Schadstoffe untersucht wird.

Knapp 7.000 Museen gibt es hierzulande – die meisten staatlich finanziert. Sie schaffen nicht nur Kulturerlebnisse, sondern auch Jobs: 2023 waren es mehr als 100.000 feste Arbeitsplätze. Aktuell erlebt das Museum Wiesbaden mit seinem Gemälde „Ophelia“ einen Run – Taylor Swift hat es in einem Musikvideo weltberühmt gemacht.

Deutschlands Trinkwasser zählt zu den besten der Welt. Verantwortlich dafür sind rund 5.600 kommunale Wasserversorger. Damit das Wasser in alle Haushalte gelangen kann, braucht es zum Beispiel Hochzonenbehälter. Sie schaffen ausreichend Wasserdruck, um auch höher gelegene Ortsteile zu versorgen.

Eine Erfrischung angenehm? Mehr als 2.400 reine Freibäder verzeichnet der Bäderatlas. Hier finden nicht nur Erholung und Sport statt, sondern auch gesellschaftlicher Austausch. Die Stadtstaaten Berlin und Hamburg haben übrigens die wenigsten Schwimmbäder pro Kopf, Thüringen ist hingegen am besten versorgt.

Über elf Milliarden Fahrgäste fuhren 2024 in Deutschland mit dem ÖPNV. Der Staat investiert jedes Jahr rund 25 Milliarden Euro in Bus und Bahn. So konnte 2025 auch die Ahrthalbahn nach den Zerstörungen durch die Flutkatastrophe wieder den Betrieb aufnehmen.

Wie sähe es wohl aus, wenn es die Müllabfuhr nicht gäbe? Die kommunalen Abfallunternehmen sammeln jedes Jahr knapp 400 Millionen Tonnen Haushaltsmüll ein. Dabei sind sie auf bezahlbare Preise und nicht auf Profit ausgerichtet. Im Bild sorgt ein Mitarbeiter der Stadtreinigung Dresden für Sauberkeit vor der Semperoper.

FOTOS: Sarah Graetz/BfR, Sarah Schadt/Museum Wiesbaden, Lena Engel/SWM, Klaus Eppel/Adobe Stock, Michael Neuhaus/DB AG, Sebastian Kahnert/picture alliance/dpa-Zentralbild



Es geht nur gemeinsam

Ob lokale Stromausfälle, gesperrte Bahnstrecken oder marode Brücken: Infrastruktur ist eine essenzielle Grundlage unseres täglichen Lebens – und doch nehmen wir sie meist erst wahr, wenn sie nicht mehr funktioniert.

TEXT: SOPHIE KUPPLER

Wir erwarten als Bürgerinnen und Bürger vom Staat eine funktionierende Energie-, Verkehrs-, Wasser- und Entsorgungsinfrastruktur. Sie ermöglichen uns ein sicheres und gesundes Leben. So hängen einige grundlegende gesellschaftliche Errungenschaften historisch eng mit neuer Infrastruktur zusammen: Der Eisenbahnausbau brachte einheitliche Zeitzonen hervor. Zentrale Wasser- und Abwassersysteme waren Grundpfeiler moderner Hygiene. Zugleich gelten diese Anlagen selten als ästhetisch oder als etwas, mit dem wir uns gerne im Alltag befassen. Sie bleiben größtenteils unsichtbar. Trotzdem benötigen sie kontinuierliche Wartung, Sorge und Pflege – Aufgaben, die überwiegend staatlichen Institutionen obliegen.

Sobald jedoch größere Erneuerungen anstehen oder neue Anlagen entstehen sollen, drängen diese „unsichtbaren“ Systeme in die Lebenswelt der Menschen: Baulärm, Umleitungen oder Eingriffe in das gewohnte Wohn-



Früher waren Bahnhöfe Symbole des Fortschritts. Heute gibt es oft Widerstand gegen ihre Modernisierung, wie in Stuttgart.

umfeld sind unmittelbar erfahrbar. Je konkreter ein Projekt wird, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass es Personen gibt, die dagegen sind. In klassischen Planungs- und Genehmigungsverfahren werden Betroffene gegebenenfalls entschädigt. Interessenkonflikte sollen so befriedet werden.

Mehr Transparenz und Beteiligung

Doch meistens sind die Konfliktursachen komplexer. Neue Infrastruktur verändert Routinen, Landschaften und mitunter das Gefühl von Heimat. Sie berührt Fragen sozialer Gerechtigkeit und trifft auf unterschiedliche Vorstellungen davon, wie eine lebenswerte Zukunft aussehen soll. Sie erzeugt Emotionen, erfordert Vertrauen und stellt implizit die Frage, wie politische Entscheidungen getroffen werden sollten. Klassische Planfeststellungsverfahren bieten keinen Raum für den Umgang mit diesen komplexen Hintergründen und den damit verbundenen Gefühlen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, setzen staatliche Akteure zunehmend auf frühe Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung. Ein prominentes Beispiel ist die Standortsuche für das Endlager für hochradioaktive Abfälle. Frühere Entscheidungen wurden als intransparent wahrgenommen. Das öffentliche Vertrauen in die Lösungskompetenz des Staates in dieser Frage ist massiv beschädigt worden. Deshalb hat das Parlament ein neues wissenschaftliches Verfahren etabliert, das partizipativ und transparent gestaltet sein soll. Dafür wurden zahlreiche neue Beteiligungsformate geschaffen mit dem Ziel, Diskussionen zu ermöglichen und Entscheidungen nachvollziehbar zu machen. Es wird angestrebt, eine gemeinsam getragene Lösung für die Entsorgungsfrage zu finden. Die Verantwortung für die langfristig sichere Verwahrung der Abfälle trägt der Staat. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass eine umsetzbare Lösung nur dann gefunden werden kann, wenn Bürger*innen Mitverantwortung tragen dürfen und diese Herausforderung auch annehmen.

Gesellschaftliches Realexperiment

Die Frage bleibt: Wie können wir gemeinsam Sorge tragen für unsere Infrastruktur, sie schaffen und erhalten, sodass sie uns langfristig ein gutes Leben ermöglicht? Eine einfache Antwort gibt es nicht. Doch vielleicht ist hier der sprichwörtliche Weg das Ziel: Infrastrukturentwicklung ist kein technisches Managementprojekt, sondern ein gesellschaftliches Realexperiment, in dem Staat und Bürgerschaft gemeinsam Verantwortung tragen. Wenn alte Infrastrukturen umgebaut werden und neue entstehen, müssen Erwartungen, Werte und Interessen offen diskutiert werden. Das erfordert Transparenz, die Offenheit, sich konstruktiv in Konflikte zu begeben, und die Bereitschaft, Infrastrukturprojekte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzunehmen. In diesem Sinne sind sie nicht nur bauliche Maßnahmen, sondern Lernräume – für den Staat mit seinen Institutionen und für jede Bürgerin und jeden Bürger.

Sophie Kuppler ist Forschungsgruppenleiterin am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse am KIT, dem Karlsruher Institut für Technologie. Sie forscht und publiziert zu den Themenfeldern nukleare Entsorgung, Technikkonflikte und Langzeit-Governance.



„Das Verfahren lebt am Ende von Akzeptanz“

Für Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) ist klar: Ein funktionierender Staat schafft Vertrauen – und ist das beste Mittel gegen Radikalisierung. Im Gespräch mit Einblicke betont er, dass Umweltschutz Wohlstand sichert und Zukunft für kommende Generationen schafft. Schneider spricht auch über die Beschleunigung der Endlagersuche, die Bedeutung echter Beteiligung und darüber, warum er nichts von sogenannten Wunderreaktoren hält.

In dieser Ausgabe des Einblicke-Magazins geht es um das immer wieder neu debattierte Verhältnis von uns, den Bürgerinnen und Bürgern, zu unserem Staat. Was ist Ihre Wahrnehmung – wie steht es aktuell um diese Beziehung?

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat zu Recht einen Anspruch auf einen funktionierenden Staat. Andererseits ist auch jede und jeder Einzelne dazu aufgerufen, einen Teil zu diesem Funktionieren beizutragen. Und mein Eindruck ist: Ein funktionierender Staat ist das beste Mittel gegen Radikalisierung. Das gilt besonders für die Daseinsvorsorge vor Ort oder den öffentlichen Nahverkehr.

Und welche Rolle hat darin der Umweltschutz?

Die meisten Menschen lieben unsere Natur. Und gerade im Osten können sich auch noch viele daran erinnern, wie sie vor 40 Jahren aussah: Damals gab es stinkende Schaumkronen auf der Saale; heute jedoch kann man in ihr schwimmen. Da ist uns gemeinsam schon viel gelungen. Ich will, dass wir auf diese positive Erfahrung aufbauen für die Zukunft. Denn Umweltschutz ist gerade in diesen geopolitisch konfliktreichen Zeiten wichtiger denn je. Er trägt zu unserem Wohlstand bei, sorgt für Abertausende von Jobs in unserem Land und macht uns geopolitisch unabhängiger. Wer Rohstoffe recyceln kann und heimische erneuerbare Energien hat, ist klar im Vorteil.

Würde man Ihr Ministerium unter ein zentrales Schlagwort stellen, könnte das „Schutz“ sein. Was bedeutet der Schutzauftrag für Sie persönlich?

Vor allem schützen wir uns selbst – unsere Kinder, unsere Gesundheit, unsere Lebensgrundlagen. Wir alle wünschen uns saubere Luft zum Atmen, sauberes Wasser zum Trinken. Ein Ausflug in eine intakte Natur gibt uns Kraft und Zuversicht. In den vergangenen Jahrzehnten hat der Umweltschutz unser Leben enorm verbessert. Doch noch immer stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder Artensterben.

Sie sind Bundespolitiker, aber auch Bürger und Vater. Wenn Sie an die Zukunft Ihrer Kinder denken: Wie kann Politik als Generationenprojekt gelingen?

Bei einem Generationenprojekt zählen Verlässlichkeit und Tempo. Dazu kommt: Polarisierung hilft nicht, sondern schadet. Darum versuche ich, das wichtige Thema Klimaschutz wieder aus der Polarisierung zu holen. Eigentlich sind wir uns doch alle darin einig, dass auch unsere Enkelkinder noch Winter mit Schnee erleben sollten.

Auch bei den Hinterlassenschaften des Atomzeitalters können wir uns darauf einigen, dass es nicht sein kann, dass unsere Urenkelkinder unseren gefährlichen Müll wegräumen müssen. Manche tun so, als ließe sich das Atom-müllproblem durch angebliche Wunderreaktoren irgendwann in Luft auflösen. Das belastet die öffentliche Akzeptanz, ist auch nicht mehr als alter Wein in neuen Schläuchen und setzt die gemeinsam gewollte Endlagersuche aufs Spiel. Die Wahrheit ist: An einem Endlager führt leider kein Weg vorbei.

Die BGE veröffentlicht jedes Jahr neue Arbeitsstände und will in zwei Jahren mit ihren Analysen für die Phase I fertig sein. Fachleute sehen die Gefahr von großen Verzögerungen für die anschließenden Phasen. Wie möchten Sie den weiteren zeitlichen Ablauf gestalten?

Wir müssen die Endlagersuche deutlich beschleunigen. Ansonsten läuft ein an sich sehr gutes Verfahren Gefahr, an seiner Dauer zu scheitern. Das darf nicht passieren. Eine Standortentscheidung erst um das Jahr 2070 wäre weder nachvollziehbar noch kann irgendjemand ernsthaft erwarten, dass Betroffene dem Verfahren so lange Rückhalt geben. In diesem Jahr will ich dafür einen Gesetzesentwurf vorlegen.

Wie gelingt eine Beschleunigung des Standortauswahlverfahrens ohne Abstriche bei der Sicherheit?

Das größte Beschleunigungspotenzial besteht darin, auf neue Erkundungsbergwerke möglichst zu verzichten. Es spricht fachlich viel dafür, dass sich eine wissenschaftlich solide und eindeutige Entscheidung für den bestmöglichen Standort treffen lässt, indem moderne Erkundungsmethoden ohne Bergwerke genutzt werden. Damit lässt sich viel Zeit gewinnen, ohne an der Qualität des Ergebnisses zu kratzen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist ein wichtiger Bestandteil des Verfahrens. Die Beteiligung macht die Endlagersuche aber auch zu einem zeitintensiven Verfahren. In welchem Verhältnis steht die Partizipation zur Beschleunigung – eher als Hindernis oder eher als Unterstützung?

Das Verfahren lebt am Ende von Akzeptanz – Beteiligung ist hierfür Voraussetzung. Aber ja, Beteiligung kostet auch Zeit und darf keine Alibiveranstaltung sein. Bis jetzt haben alle Beteiligten bewiesen, dass sie Partizipation ernst nehmen, etwa durch Transparenz oder ein zusätzliches Beteiligungsformat in der aktuellen Phase.

Die große Bewährungsprobe kommt in der nächsten Phase. Dann gibt es nur noch wenige konkrete Regionen. In jeder wird es umfassende Beteiligung mit finanzieller Unterstützung des Bundes geben. Viele Menschen werden sich dort zum ersten Mal mit dem Verfahren auseinandersetzen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen zu ermöglichen, sich schnell auf Augenhöhe zu engagieren und zu ihrem Recht zu kommen.

Losgelöst von der Endlagerfrage: Wie stehen Sie zur Forderung, Genehmigungsverfahren drastisch zu beschleunigen – im Zweifel auch zulasten von Naturschutzbelangen oder zulasten der Öffentlichkeitsbeteiligung? Was hat für Sie Priorität? Wie wägen Sie die Werte gegeneinander ab?

Ich teile dieses Entweder-oder aus der Fragestellung nicht. Wichtige Infrastrukturvorhaben zu beschleunigen, ist auch mir und dem Bundesumweltministerium ein wichtiges Anliegen. Wir prüfen bei unseren Vorhaben immer, wie wir Verfahren vereinfachen, beschleunigen und modernisieren und zugleich den eigentlichen Schutzstandard wahren können. Manche, die nach Beschleunigung rufen, wollen allerdings in Wahrheit den Umweltschutz zurückdrängen. Das kommt für uns nicht infrage.

A portrait of a woman with dark hair, wearing glasses and a black turtleneck, smiling slightly. The background is a plain, light grey.

SIE ARBEITEN DRAN

Die Endlagersuche ist eine staatliche Aufgabe. Doch wer sind die Menschen dahinter? Wir stellen vier BGE-Expert*innen vor.

PROTOKOLLE: PHILIPP HAUNER, KATRIN LANGE
FOTOS: MORITZ KÜSTNER



AARON BRANDENBURGER

Planungsinstrumente und Genehmigungen,
Standortauswahl



Ich arbeite beim Vorhabensmanagement in der Gruppe „Planungsinstrumente und Genehmigungen“ und kümmere mich um die Umsetzung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien. Alles klar, oder? Nein, ganz ehrlich: Ich kann verstehen, dass viele Menschen sich mit der Ausdrucksweise der BGE schwertun. Aber weil wir uns natürlich am Standortauswahlgesetz orientieren, übernehmen wir auch dessen Wortschöpfungen.

Ich versuche es jetzt mal mit meinen eigenen Worten: Bei der Endlagersuche steht eine sichere Geologie an erster Stelle, und im Laufe des Verfahrens scheiden immer mehr Gebiete aus. Bleiben am Ende der Phase I jedoch noch zu viele aus geologischer Sicht gleich gut geeignete Gebiete übrig, kommen gegebenenfalls wir mit den „oberirdischen“ Kriterien zum Zug. Unser Set an elf Kriterien ermöglicht es uns, unter den noch verbleibenden geologisch sehr gut geeigneten Gebieten Nutzungskonflikte zu berücksichtigen. Zum Beispiel werden Gebiete, die näher an einer Wohnbebauung liegen – etwa weniger als einen Kilometer im Vergleich zu anderen gleich gut geeigneten Gebieten –, tendenziell schlechter bewertet; Gebiete mit

einer größeren Distanz schneiden besser ab. Auch berücksichtigen wir etwa Kulturgüter und Naturschutzgebiete sowie Grundwasservorkommen, um nur einige Kriterien zu nennen. Perspektivisch arbeiten wir auch an der Durchführung von sozioökonomischen Potenzialanalysen. Darunter verstehen wir unter anderem die Entwicklungsmöglichkeiten eines Gebiets, falls dort ein Endlager errichtet wird. In meiner Arbeit spielt die Geoinformatik eine wichtige Rolle. Mit ihr habe ich mich bereits in meinem Studium der Forstwissenschaften und Waldökologie beschäftigt. Und noch etwas ist mir vom Studium erhalten geblieben: meine Leidenschaft für Holz. In meiner Freizeit schnitze ich viele Skulpturen und Schalen; das macht mir Freude.

Bei der BGE entwickle ich mit meinen Kolleg*innen aktuell eine Anwendungsmethode, in der die planungswissenschaftlichen Kriterien auch in der Kartenebene einfließen. Mit unserer Arbeit stellen wir sicher, dass das Verfahren nicht ins Stocken gerät, etwa weil zu viele Gebiete von der Geologie her gleich gut geeignet sind. Das finde ich sehr sinnstiftend – auch wenn es vielleicht etwas klischeehaft klingt.



KATHARINA BAIRLEIN

Geophysikalische Erkundung,
Standortauswahl

Salz, Ton und Kristallin: Sie alle eignen sich als Wirtsgestein für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Doch wo genau sind die Voraussetzungen am günstigsten? Hier kommen wir von der Erkundung ins Spiel: Meine Abteilung befasst sich mit verschiedenen geophysikalischen Messungen und Bohrungen, um geeignete Standortregionen in der Phase II der Endlagersuche noch enger einzugrenzen. Die Crux dabei: Die Vorschläge für die Standortregionen werden erst Ende 2027 feststehen. Um dann aber sofort passende Erkundungsprogramme parat zu haben, bereiten wir uns jetzt schon darauf vor, auch wenn wir die Standorte noch nicht kennen.

Die einzelnen Erkundungsmethoden funktionieren bei den Wirtsgesteinen unterschiedlich gut: Seismik etwa kann bei einer flachen Tonlagerung die Schichtfolge sehr gut abbilden, beim Inneren von Salzstöcken gerät sie schnell an ihre Grenzen. Und auch im Kristallin können seismische Verfahren die Klüfte, also Risse im Gestein, nur schwer identifizieren. Dann müssen wir andere Methoden einsetzen. Als Geophysikerin hängt mein Herz derzeit an der Elektromagnetik. Aktuell testen wir hierzu in einem Forschungsprojekt eine neue Methode, bei der in der Luft von einem Hubschrauber aus gemessen wird. So lassen sich relativ viele Daten in kurzer Zeit sammeln.

Ist alles zusammengetragen, geht das große Rechnen los: Wir müssen alle Daten prozessieren, umrechnen und dann interpretieren – um am Ende Aussagen über die Eignung eines Gebiets treffen zu können. Man kann sich das Ganze wie ein riesengroßes Puzzle vorstellen, das wir erst zusammensetzen müssen, um dann ein schlüssiges Gesamtbild zu erhalten. Um vom Job abzuschalten, gehe ich in meiner Freizeit Eiskunstlaufen. Ich liebe das Gefühl, übers Eis zu gleiten, und die Leichtigkeit, die sich dann einstellt. In diesem Jahr möchte ich unbedingt mal nach Nordschweden und dort über zugefrorene Gewässer Schlittschuh laufen – und hoffe, das Eis wird tragen. Seine Dicke könnte man sicherlich gut mit Georadar messen, aber das würde jetzt zu weit führen ...



„Es ist ein
riesengroßes
Puzzle“



Um den Kopf freizukriegen, gehe ich am liebsten eine große Runde spazieren. Oft gleich am Salzgittersee, wo ich wohne – hier kann man den Blick so schön über das Wasser schweifen und den Arbeitsalltag hinter sich lassen. Außerdem bastle ich gerne an unserer Modelleisenbahn. Ich mag es, mich dabei im Detail zu verlieren. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt mit meinem Sohn, zusammen schaffen wir eine neue Eisenbahnwelt.

Würde man meinen Sohn fragen, was ich beruflich mache, käme vermutlich die Antwort, dass ich vor dem Computer sitze und die ganze Zeit spreche. Das trifft es nur halbwegs. Meine Tätigkeit in der Öffentlichkeitsarbeit beschränkt sich nicht nur auf übliche Büroarbeiten. Ich bin auch deutschlandweit viel unterwegs, begleite Dialogveranstaltungen vor Ort oder digital und betreue unsere Stände bei großen Messen.

Die BGE auf der Leipziger Buchmesse oder der didacta? Aber ja! Auf Messen können wir überraschen und mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen. Wir erfahren, was die Menschen bewegt. Natürlich kann ich viele Ängste auch nachvollziehen – schließlich kann man Radioaktivität weder sehen



JAN-MICHAEL SCHÜRHOLZ

Unternehmenskommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit, Standortauswahl

noch hören, riechen oder schmecken. Gleichzeitig versuchen wir zu vermitteln, dass wir als BGE mit entsprechenden Schutzmaßnahmen Risiken auf ein absolutes Minimum reduzieren können. Das ist ohnehin der Hauptgrund für ein tiefengeologisches Endlager: Dort sind die Abfälle viel sicherer als in den vielen oberirdischen Zwischenlagern, wo sie sich derzeit noch befinden.

In meiner Zeit vor der BGE habe ich zwölf Jahre lang bei der Bundeswehr gedient. Als Redakteursoffizier war ich in Krisengebieten auf dem Balkan tätig. Unsere Kommunikation

„Sicherheit braucht Dialog“

mit den Einheimischen vor Ort hatte ein Ziel: das Gefahrenpotenzial für die deutschen Soldaten zu reduzieren. Auch heute ist meine übergeordnete Aufgabe der Gefahrenschutz. Schließlich muss die gesamtdeutsche Bevölkerung bestmöglich vor den Risiken, die von hochradioaktiven Abfällen ausgehen, geschützt werden. Das geht nur, wenn die Castoren von den vielen oberirdischen Zwischenlagern in ein sicheres Endlager gebracht werden. Daran arbeiten wir jeden Tag.



RATIBA FRANKE

Projektmanagement,
Standortauswahl



„Ich Sorge für den roten Faden“

Bei der BGE bin ich eher zufällig gelandet. Vorher habe ich im Projektmanagement in der Automobilbranche gearbeitet. Endlagerung – damit hatte ich mich kaum beschäftigt. Als 2020 der Zwischenbericht Teilgebiete durch die Medien ging, habe ich recherchiert: Ich war überrascht, was für eine spannende und verantwortungsvolle Aufgabe die Endlagersuche ist. Wenn wir Atom-müll produzieren, müssen wir die Konsequenz tragen und ihn sicher bei uns endlagern. Dazu wollte ich einen Beitrag leisten und habe mich bei der BGE beworben.

Der Wechsel aus der Automobilbranche zur BGE war eine Umstellung. Der Fokus verschob sich von Geschwindigkeit auf Gründlichkeit und Sorgfalt. Es hat ein paar Monate gedauert, bis ich das verstanden hatte. Genau diese akribische Arbeitsweise ist unsere größte Stärke und Basis für das Vertrauen, das wir für dieses Generationenprojekt brauchen.

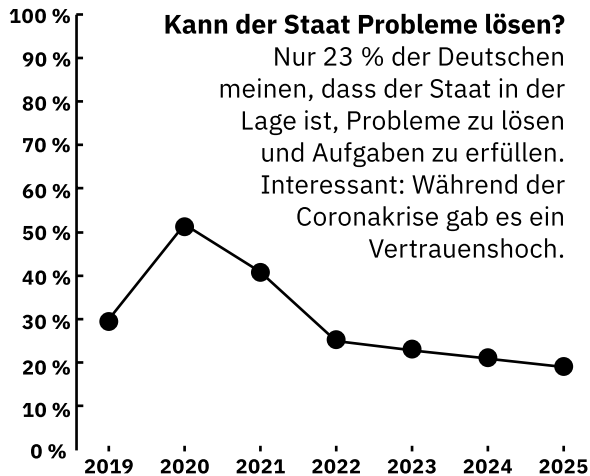
Ich arbeite jetzt im Projektmanagement Standortauswahl. Alle Fäden laufen hier zusammen: Terminpläne, Prozesse, Risikomanagement, der Status von Jahreszielen und vieles mehr. Einen Großteil meiner Arbeitszeit verbringe ich mit dem Verfassen von Berichten und Präsentationen. Ich bündle die Flut an Informationen und Sorge für den roten Faden – für unsere Projektleitung und Geschäftsführung ebenso wie für unsere Aufsichtsbehörden, also das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und das Bundesumweltministerium. Das klingt trocken, ist aber Grundlage für Transparenz in der Endlagersuche.

Dieses strukturierte Arbeiten ist nur eine Seite von mir. Mein Mann findet es faszinierend, wie gegensätzlich ich sein kann: bei der Arbeit organisiert und fokussiert, privat eher chaotisch. In meiner Freizeit male ich abstrakte Bilder. Da gibt es keine Pläne oder Logik, nur Farbe und Gefühl.

Wenn ich von meiner Arbeit erzähle, spüre ich bei den Menschen oft Unsicherheit. Sie fragen, ob ein Endlager gefährlich sei oder warum die Suche danach so lange dauert. Ich nehme mir dann gerne Zeit, erläutere unser Verfahren und beantworte ihre Fragen. Ich bin froh, wenn ich so Vertrauen in unsere Arbeiten schaffen und erklären kann, dass es eben sehr aufwendig ist, den Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit zu finden.

Zwischen Skepsis und Vertrauen

Wie stehen die Deutschen zu ihrem Staat? Mit dieser Frage beschäftigen sich zahlreiche Studien und Umfragen. Eine Auswahl aktueller Ergebnisse.



Quelle: dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2025

76 %

der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren stehen positiv zum Staat und glauben, dass er es ihnen ermöglicht, ihre Lebensziele zu verwirklichen.

Quelle: Shell Jugendstudie 2024



Vertrauen im Vergleich

Die Deutschen beurteilen ihre Regierung eher skeptisch, nur 36 Prozent haben großes Vertrauen. In der OECD liegen wir damit knapp unter dem Durchschnitt von 39 Prozent.

Deutschland			36 %
Tschechien			19 %
Schweiz			61 %
Frankreich			33 %
Dänemark			44 %
Großbritannien			27 %
Italien			37 %

Quelle: OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions 2024

Rang 10

2025 erreichte die Bundesrepublik Deutschland auf dem globalen Korruptionsindex 77 von 100 Punkten. Damit liegt sie auf Rang 10 von 182 erfassten Staaten.

Quelle: Transparency International

Endlager — Unser Auftrag für die Gesellschaft.

Verantwortung — Für Mensch und Natur.

Sicherheit — Hat höchste Priorität.

Gesellschaft — Weil es nur gemeinsam geht.

Forschung — Immer auf dem neuesten Stand.

Geologie — Eine Million Jahre im Blick.

Kommunikation — Austausch auf Augenhöhe.

Strahlenschutz — Basis unseres Handelns.

Infoangebot

Barrierefreie PDF-Dokumente dieser und weiterer Ausgaben der Einblicke finden Sie hier:
www.einblicke.de/magazine



Aktuelle Informationen

zu geplanten Veranstaltungen zum Thema Endlagersuche finden Sie auf der Homepage der BGE:
www.bge.de/veranstaltungen



Impressum

Herausgeberin: Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH, Eschenstraße 55, 31224 Peine, www.bge.de; V. i. S. d. P.: Manuel Wilmanns; Einblicke-Team: Prisca Biermann, Dagmar Dehmer, Johannes Hunger; Verlag: SZ Scala GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Redaktion: Philipp Hauner, Katrin Lange, Daniela Zimmer; Projektmanagement: Iryna Baumbach, Elina Rohweder; Gestaltung: Ellen Verick; Druck: Bonifatius GmbH, Karl-Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn.

Diese Ausgabe erscheint als Beilage in folgenden Medien: Der Tagesspiegel/ Potsdamer Neueste Nachrichten, DIE ZEIT, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, taz, atw – International Journal for Nuclear Power, StrahlenschutzPRAXIS, Behörden Spiegel, Kommunal, Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, Zeitschrift für Neues Energierecht, Bayerische Staatszeitung, Staatsanzeiger Baden-Württemberg, Staatsanzeiger Hessen, Sächsisches Amtsblatt mit Amtlichem Anzeiger



RG4

www.blauer-engel.de/uz195



Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/53323-2508-1001